

ANSBACH (mhz) - Die Stadträte Dr. Markus Bucka, Hannes Hüttlinger (beide BAP), Hans-Jürgen Eff, Dr. Paul Kupser (beide Freie Wähler/Die Ansbacher) sowie Boris-André Meyer und Milan Schildbach (beide Offene Linke) wollen die Beflaggung städtischer Dienstgebäude beschränken.

Die dauerhaft gehisste Fahne Israels am Rathaus berge „die Gefahr gesellschaftlicher Spaltung“. Der Ansbacher Stadtrat wolle deshalb beschließen, heißt es in dem Antragsschreiben an Oberbürgermeister Thomas Deffner, dass die Beflaggung städtischer Dienstgebäude sich auf die Fahnen der Stadt Ansbach, des Bezirks Mittelfranken, der Region Franken, des Freistaats Bay-

Beflaggung „mit mehr Sensibilität“

Israel-Fahne: Fraktionsübergreifender Antrag für den Stadtrat

ern und der Bundesrepublik Deutschland beschränke. Möglich soll zudem eine Beflaggung mit den Fahnen der Ansbacher Partnerstädte und der Europäischen Union sein. Eine darüber hinausgehende Beflaggung beziehe sich „in angemessener Form“ auf Jahrestage, gemäß der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung.

Zur Begründung führen die Stadträte an, dass die Beflaggung öffentlicher Gebäude ein sichtbares poli-

tisches Zeichen von Zugehörigkeit sei. Von einer dauerhaften Beflaggung mit Fahnen kriegführender Länder sähen die allermeisten Kommunen inzwischen jedoch ab.

Das Dauer-Hissen der israelischen Fahne mache die Geiseln der „schrecklichen Hamas-Entführung“ am 7. Oktober 2023 auf der einen und die laut UN seitdem über 40.000 von der israelischen Armee in Gaza und im Libanon getöteten Zivilisten auf der anderen Seite „zu Opfern

erster und zweiter Klasse“. So habe diese Beflaggung trotz der Kommentierung des Oberbürgermeisters in der Stadtratssitzung das Potenzial, den Eindruck zu erwecken, die Stadt Ansbach begrüße die „völkerrechtswidrigen Attacken der Regierung Netanjahu auf unschuldige Menschen“.

Wer das Existenzrecht Israels und das Existenzrecht von Menschen in Palästina und dem Libanon schützen wolle, müsse der in Teilen rechtsextremen Regierung Netanjahu ein Stopp-Schild zeigen. „Die Beflaggungspraxis des Oberbürgermeisters wird dem nicht gerecht“, meinen die Stadträte. Daher sollte der Stadtrat diese für „mehr Sensibilität und gebotene Neutralität“ anpassen.